

Zusammenarbeit von BND und NSA

„Wir stehen zu unseren Diensten“

„Wir brauchen auch in Zukunft gut funktionierende, gut aufgestellte Nachrichtendienste“, unterstrich Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Aktuellen Stunde die Notwendigkeit und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit. Die CDU/CSU hatte diese Debatte am Mittwoch aufgrund der aktuellen Diskussion über den BND und die NSA verlangt.



Foto: picture alliance/dpa/dpaweb

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde zwischen Deutschland und den USA ein sogenanntes „Memorandum of Agreement“ abgeschlossen – ausgehandelt vom damaligen Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (SPD). Diese Vereinbarung ist Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) und der amerikanischen NSA. Teil dieser Kooperation ist die Übermittlung von Selektoren, etwa E-Mail-Adressen oder Telefonnummern, die der BND im Rahmen seiner Aufklärung verwenden sollte. Abhörziele sind Krisenregionen wie Afghanistan oder Somalia, wo auch deutsche Soldaten im Einsatz waren oder sind, die geschützt werden sollen. „Es ist mittlerweile kein Geheimnis mehr, dass allein durch die intensive Kooperation zwischen dem BND und der NSA seit 2011 19 geplante Anschläge auf Angehörige der Bundeswehr in Afghanistan rechtzeitig verhin-

dert werden konnten“, bekräftigte Mayer vor dem Plenum. Dies zeige die Wichtigkeit der engen Kooperation zwischen beiden Ländern. „Wir stehen zu unseren Diensten“, erklärte auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Strobl (CDU/CSU).

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maiziere versicherte am

Mittwoch nach der Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, dass er zu seiner Zeit als

Kanzleramtschef keine Hinweise auf Wirtschaftsspionage gehabt habe. Zudem wurde damals eine Ausweitung der Kooperation mit der NSA durch das Bundeskanzleramt abgelehnt. Es sei daher „beileibe kein BND-Skandal, über den wir hier debattieren. Vielmehr ist es ein Skandal, wie die Opposition mit dieser Thematik umgeht“, so Mayer. Zuerst müsse der Sachverhalt vollständig, umfassend und lückenlos aufgeklärt werden, bevor man diesen abschließend bewerten könne, bekräftigte Mayer.

„Beileibe kein
BND-Skandal“



Liebe Leserinnen und Leser,

vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg – eine Zeitenwende für Deutschland, Europa und weite Teile der Welt. Der von Deutschland entfesselte Krieg brachte millionenfachen Tod, unendliches Leid und unvorstellbare Zerstörungen. Daran hat der Bundestag diese Woche gemeinsam mit dem Bundesrat erinnert.

In zahlreichen Veranstaltungen in diesen Tagen und Wochen wird zudem der Befreiung der Konzentrationslager vor 70 Jahren gedacht. Die im deutschen Namen verübten Verbrechen erfüllen uns auch heute noch mit Scham. Angesichts des Ausmaßes der Verbrechen ist es umso erstaunlicher, dass in relativ kurzer Zeit nicht nur die Aussöhnung mit unseren unmittelbaren Nachbarn, sondern auch mit Israel gelingen konnte: vor 50 Jahren nahmen Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen auf.

Die Beziehungen zwischen unseren Ländern werden auf Grund unserer Vergangenheit immer von besonderer Art sein. Israel konnte Deutschland die Hand nur reichen, weil wir uns Schritt für Schritt der Vergangenheit gestellt haben. Auf der Basis des Bekenntnisses zur historischen Verantwortung wurde die Grundlage für die guten und vertrauensvollen Beziehungen von heute geschaffen. Bundeskanzlerin Merkel hat mit den ersten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen 2008 ein neues Kapitel in den Beziehungen aufgeschlagen. Seitdem wurden viele Projekte etwa für den Jugendaustausch, im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Forschung sowie beim Umweltschutz vorangetrieben. Jeglichen Ansätzen von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen wir uns entschlossen entgegen. Es ist nun unsere Aufgabe, die deutsch-israelischen Beziehungen in der Gegenwart zu gestalten und die Freundschaft zwischen unseren Völkern für die Zukunft weiter zu vertiefen.

Alexander Radwan MdB

Eurozone

„Es wird keinen faulen Kompromiss geben“

In allen europäischen Staaten zeigt die wirtschaftliche Entwicklungskurve nach oben. Erstmals seit der Finanzkrise ist überall Wachstum zu verzeichnen. Ist also die Eurokrise vorbei? Diese Frage diskutierte die CSU-Landesgruppe mit Klaus Regling, Managing Director des ESM. Im Mittelpunkt der Diskussion stand schnell Griechenland und die Frage wie geht es weiter mit den Griechen?



Foto: CSU-Landesgruppe

Klaus Regling, Managing Director des ESM, Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger.

Fest steht, und das unterstrich Klaus Regling mehrfach, Griechenland werde nur weiteres Geld bekommen, wenn die Reformauflagen erfüllt sind. Darin seien sich die anderen Staaten der Euro-Zone einig. So-

lidarität nur gegen Solidität, dies unterstrich auch Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, immer wieder. „Es wird keinen faulen Kompromiss geben“, so Regling bei der landesgruppenoffenen Sitzung

am Mittwochnachmittag. Aus dem zweiten Hilfspaket sind noch knapp 7,2 Milliarden Euro offen. Zur Auszahlung komme es aber nur, wenn die Vereinbarungen auch umgesetzt werden.

Dass gerade jetzt die nötigen Reformen unter der neuen Regierung blockiert werden, ist besonders dramatisch – vor allem vor dem Hintergrund, dass Griechenlands Wirtschaft anfang, sich zu erholen. Die Exporte aller europäischen Krisenländer – also auch Griechenlands – stiegen, ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeige, dass der begonnene Kurs Europas auf Strukturreformen zu setzen der richtige sei und sich in den betroffenen Staaten langfristig positiv auszahle.

Diese Woche

Zusammenarbeit von BND und NSA „Wir stehen zu unseren Diensten“	1
Eurozone „Es wird keinen faulen Kompromiss geben“	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich ein ... Parlamentarisches Kontrollgremium?	2
50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen Aus Erinnerung wächst Verantwortung	3
70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs „Es lässt sich kein Schlussstrich ziehen“	3
Gesetzespaket in erster Beratung Fracking: Schutz vor den Risiken	4
Bericht der Bundesregierung Umsetzung der Bologna-Reform	4
Veranstaltung Praxis-Check Mindestlohn	4
Humanitäre Hilfe Zahl der Krisen hat zugenommen	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich ein ... Parlamentarisches Kontrollgremium?

Die Sitzung ist nicht öffentlich, denn die Informationen sind streng vertraulich. Das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages überwacht die Nachrichtendienste des Bundes.



Foto: CSU-Landesgruppe

Mehrere Stunden wurde vergangene Woche hinter dicken Wänden und verschlossener Tür über die aktuellen Vorwürfe gegen den BND diskutiert. Doch nicht nur der Bundesnachrichtendienst (BND) wird vom Parlamentarischen Kontrollgremium überwacht. Das Gremium kontrolliert auch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Die Abgeordneten, die dem Ausschuss angehören, haben Einsicht

in geheime Akten, können Berichte zu bestimmten Vorfällen verlangen und die Angehörigen der Nachrichtendienste befragen. Außerdem ist die Bundesregierung verpflichtet, das Gremium über Vorgänge von besonderer Bedeutung umfassend zu unterrichten. Auch von der Bundesregierung können die Abgeordneten Stellungnahmen zu Angelegenheiten der Nachrichtendienste einfordern. Verfassungsrechtlich verankert ist das Parlamentarische Kontrollgremium im Artikel 45 d im Grundgesetz.

50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

Aus Erinnerung wächst Verantwortung

„Die Beziehung zwischen Deutschland und Israel wird immer eine ganz besondere Beziehung bleiben“, unterstrich Gerda Hasselfeldt vor dem Deutschen Bundestag. Anlässlich 50 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel debattierten die Abgeordneten am Donnerstag über die vergangenen Jahrzehnte und die Zukunft des Verhältnisses der beiden Staaten.

Es war ein Foto, welches um die Welt ging und den historischen Moment festhielt. Konrad Adenauer und David Ben-Gurion reichten sich 1960 die Hand, Deutschland und Israel gehen aufeinander zu. „Das war alles andere als selbstverständlich nach dem, was in deutschem Namen den Juden in der Zeit des Nationalsozialismus angetan wurde“, sagte Gerda Hasselfeldt, vor dem Bundestag. David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident Israels, musste vor diesem Hintergrund für Verständnis für das noch junge Nachkriegsdeutschland werben – für ein anderes Deutschland. „Es entstand ein Deutschland, das sich zu seiner Geschichte und zu seiner Verantwortung aus der Geschichte bekennt. Ein Deutschland, das zu Werten wie Freiheit, Demokratie und



Foto: picture alliance/ ZB

Menschenwürde steht“, unterstrich Hasselfeldt. Zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sei es im Laufe der Jahrzehnte zu einem immer breiteren Austausch gekommen, so Hasselfeldt weiter. Auch sei sich Deutschland immer seiner Verantwortung bewusst gewesen und

bleibe es auch weiterhin: „Aus der Erinnerungskultur ist eine Verantwortungskultur geworden.“ Das bedeutet, das Erinnern an die Gräueltaten wachzuhalten und Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung keinen Platz in Deutschland, Europa und der Welt zu geben.

70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

„Es lässt sich kein Schlussstrich ziehen“

Der 8. Mai 1945 war ein Dienstag – ein sonniger Tag, ein Lichtblick inmitten der Trümmer. Es war der Tag, an dem der zweite Weltkrieg endete – nach sechs langen Jahren und Millionen Toten. Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde an den historischen Neubeginn vor 70 Jahren erinnert, der die Stunde Null markiert.

Der 8. Mai sei für den ganzen Kontinent ein Tag der Befreiung gewesen, sagte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vor dem Deutschen Bundestag. „Er war aber kein Tag der deutschen Selbstbefreiung“, unterstrich Lammert. Der Sieg der Alliierten auf westlicher Seite und der Roten Armee beendeten die NS-Schreckensherrschaft. „Nach fürchterlichen sechs Jahren schwiegen die Waffen.“ Die Bereitschaft zur Versöhnung unserer Nachbarn sei ebenso beispiellos wie die Katastrophe.

Die Geschichte von damals ist auch eine Mahnmal für Zukunft – über Generationen hinweg. Denn die Verantwortung für die Gräueltaten der Deutschlands lebt weiter. Gegenwart und Zukunft müssten im Bewusstsein „unserer bitteren Erfahrungen“ politisch verantwortungsvoll gestaltet



Foto: picture alliance/dpa

werden, sagte Lammert. Die Verbrechen von SS und Wehrmacht, die Belagerung und Aushungerung von Leningrad, der Tod der Hälfte von insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die Vernichtung des jüdischen Ghettos in Warschau und die systematische Zerstörung der polnischen Hauptstadt 1944, die unmenschliche Behandlung von Zwangsarbeitern – „unter eine solche Geschichte lässt sich kein Schluss-

strich ziehen“, bekräftigte der Historiker Prof. Dr. Heinrich August Winkler in seiner Gedenkrede.

Die jüngsten Ausbrüche von Hetze und Gewalt seien deshalb eine Mahnung, „die eigentliche Lehre der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 zu beherzigen: die Verpflichtung, unter allen Umständen die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen zu achten.“

Gesetzespaket in erster Beratung

Fracking: Schutz vor den Risiken

Strenge gesetzliche Auflagen sollen künftig das Fracking regeln. Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung die geplanten Änderungen bei der Erdgas- und Erdölförderung diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei der Schutz der Gesundheit, der Umwelt und des Trinkwassers.



Foto: picture alliance/dpa

Fracking bezeichnet ein Verfahren, bei dem Gestein unter hohem Druck aufgebrochen wird, um eingeschlossene Rohstoffe, vor allem Erdgas, zu gewinnen. Bislang ist Fracking in Deutschland grundsätzlich zulässig. CDU/CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag aber darauf verständigt, strenge gesetzliche Regelungen für den Einsatz dieser Technologie zu schaffen.

Unter anderem sieht der jetzige Gesetzentwurf Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz vor, mit denen

Gefahren für das Trink- und für das Grundwasser verlässlich ausgeschlossen werden sollen.

„Jetzt schaffen wir erstmalig einen Rechtsrahmen, in dem der Schutz von Gesundheit und Umwelt jedem wirtschaftlichen Interesse ohne Einschränkungen vor geht: Bis auf Weiteres wird es in Deutschland kein unkonventionelles Erdgasfracking zu kommerziellen Zwecken geben“, sagt Marlene Mortler, umwelt-, bau- und landwirtschaftspolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe.

Veranstaltung

Praxis-Check Mindestlohn

Dokumentationspflichten, Auftraggeberhaftung, die Abgrenzung zum Ehrenamt – der Unmut über die Umsetzung des Mindestlohns ist groß. Die CSU-Landesgruppe lädt deshalb zum Praxis-Check Mindestlohn – am Donnerstag, den 21. Mai 2015, um 15 Uhr.

Die CSU-Landesgruppe möchte mit den Betroffenen über die konkreten Auswirkungen diskutieren. Unternehmen, Vertreter von Vereinen, dem Gaststättengewerbe, der Landwirtschaft und Zeitungsverlegern schildern zum Praxis-Check ihre Erfahrungen.

Die Veranstaltung findet im Deutschen Bundestag, Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.228, Dorotheenstraße 100, 11011 Berlin statt. Sie sind herzlich eingeladen! Anmeldungen senden Sie bitte per E-Mail an csu-landesgruppe@cducsu.de. Bitte geben Sie aus Sicherheitsgründen Ihren vollständigen Namen und Geburtsdatum an.

Bericht der Bundesregierung

Umsetzung der Bologna-Reform



Foto: picture alliance/ZB

87,4 Prozent der Studiengänge enden mittlerweile in Deutschland mit einem Bachelor- oder Masterabschluss. Auch die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland wächst – im Wintersemester 2013/2014 machten diese 11,5 Prozent der Studenten an den deutschen Hochschulen aus.

Das zeigt, die Bologna-Reform ist weitgehend umgesetzt. Am Donners-

tag hat der Deutsche Bundestag im Vorfeld der bevorstehenden Bologna-Kultusministerkonferenz am 14. und 15. Mai 2015 in Eriwan (Armenien) den Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Bologna-Prozesses in Deutschland beraten. Vor allem Transparenz und internationale Vergleichbarkeit der Studiengänge wurde durch die Reform weitgehend erreicht.

Humanitäre Hilfe

Zahl der Krisen hat zugenommen

Die Zahl und das Ausmaß humanitärer Krisen hat weiter zugenommen. Das geht es aus dem Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland von 2010 bis 2013 hervor. Die Schwerpunkte des deutschen Engagements lagen im Berichtszeitraum in Afrika, Nahost und Asien.

Durch den Bericht wurde die Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik deutlich. Denn Ziel ist es Krisen und Kriege weltweit möglichst vorausschauend zu erkennen. 2016 wird unter anderem der erste Humanitäre Weltgipfel in Istanbul stattfinden. Das internationale humanitäre System müsse zukunftsfähig gestaltet werden – im Angesicht der weltweiten Zunahme von Krisen und Konflikten, heißt es im Bericht der Bundesregierung.